

PRO

Aktuell

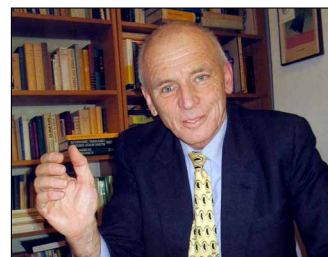
Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra

Nr. 9 | FEBRUAR 2025



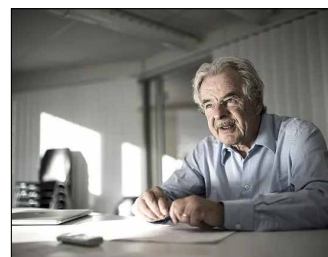
Samstag, 5. April 2025:

Auf nach Bern!
Mitgliederversammlung
Pro Schweiz!



«Wir müssen unsere Probleme eigenständig lösen.»

Seite 3



«Konflikte verhindern und Frieden vermitteln.»

Seiten 4



«Die Neutralitätsinitiative stärkt den Frieden.»

Seite 11



Das Wort des Präsidenten

**Liebe Mitglieder, Gönner
und Sympathisanten**

Am Samstag, 5. April 2025, findet die 3. ordentliche Mitgliederversammlung von Pro Schweiz statt. Dieses Jahr treffen wir uns in der Kaserne Bern mit einem klaren Auftrag: Wir alle sind verantwortlich dafür, dass wir für die souveräne und neutrale Schweiz entscheidende Volksabstimmungen vorbereiten und gewinnen.

Der Inhalt des EU-Unterwerfungsvertrages ist trotz der schändlichen Inszenierung vor Weihnachten noch nicht öffentlich zugänglich. Bundesrätin Viola Amherd und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen haben ohne das Schweizer Volk und Kantone in bester antidemokratischer EU-Manier ein Abkommen gefeiert – «in Brüssel normal!» Das war ein völlig unschweizerischer, unwürdiger und undemokratischer Akt. Wir sind bereit, bei Vorliegen den Vertragsinhalt auf «Herz und Nieren» zu prüfen und die schwerwiegendsten Folgen für unser Land herauszufiltern. Die wichtigsten Aussagen sind an sich ja schon bekannt. Wir sagen Nein zu einer dynamisch-automatischen Übernahme von EU-Recht, zu fremden EU-Richtern und zu «Marktzutrittsgebühren» in Milliardenhöhe. Und wir sind bereit, mehrere Referenden gegen den EU-Unterwerfungsvertrag zu führen, wenn Bundesbern meint, es müsse diese schwerwiegenden Verträge nicht dem obligatorischen Referendum unterstellen und dem Willen der Kantone entziehen.

Die EU exportiert jährlich in die USA für über 150 Milliarden Euro mehr Güter als sie von den USA importiert: Für die neue US-Regierung eine unfaire Handelsbilanz. Die Schweiz importiert für 20 Milliarden Franken mehr Güter von der EU als sie exportieren kann. Die USA machen nun Druck! Die Schweiz? Die Bundesratsmehrheit senkt den Kopf, nickt und

ist bereit, in den nächsten Jahren «sklavenartig» Milliarden an die EU zu überweisen. So verteidigt man nicht die Interessen des eigenen Landes.

Die Neutralitätsinitiative kann bereits am 30. November 2025 zur Abstimmung kommen. Der Erstrat Ständerat wird in der Frühlings-session über die Initiative entscheiden. Der Nationalrat folgt im Sommer. Wir dürfen die Initiative nicht unterschätzen. Eine glaubwürdige Neutralität wird immer wichtiger. Die Sicherheit, die Souveränität, die Wirtschaftskraft und der Wohlstand können nur mit einer echt-schweizerischen Neutralität in der aktuellen weltpolitischen Lage gesichert werden. In einem Machtblock wie der EU oder NATO gehen wir unter und verlieren unsere Stärken. Der Abstimmungskampf wird eine Herausforderung. Die Neutralitätsabschaffer werden uns mit voller Wucht blossstellen, in Verruf bringen, beleidigen und als Extreme abtun. Aber das bestärkt uns. Ich rufe sie zur Mitarbeit auf, jede und jeder muss nach Möglichkeit seinen Beitrag leisten.

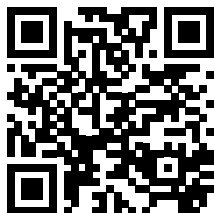
Kommen Sie zahlreich am 5. April 2025 nach Bern. Unsere Mitgliederversammlung ist der sichtbare Wille, dass wir für eine erfolgreiche, freie, direktdemokratische, sichere und neutrale Schweiz alles geben. Nehmen Sie Bekannte, Freunde und besonders junge Leute mit.

Bis bald in Bern.

Ihr Dr. med. Stephan Rietiker
Präsident Pro Schweiz

PS: Die Einladungsunterlagen folgen mit separater Post.

**Jetzt Pro Schweiz
Mitglied werden!**



ISSN 2234-9723

Redaktionsschluss dieser
Ausgabe: 5. Februar 2025

Redaktion Pro Schweiz
Postfach
3822 Lauterbrunnen
Tel. 031 356 27 27
redaktion@proschweiz.ch

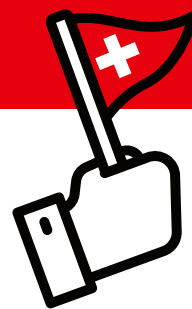
LEGATE

In einem Testament bestimmen Sie über Ihren Tod hinaus, was mit Ihrem Sparguthaben, Ihren Wertschriften und Liegenschaften geschehen soll. Wenn Sie Pro Schweiz berücksichtigen, unterstützen Sie unsere Arbeit zum Erhalt der freien und neutralen Schweiz.

Herzlichen Dank.



Im Gespräch mit Robert Nef,
Publizist, St. Gallen



«Wir müssen unsere Probleme eigenständig lösen.»

Sehr geehrter Herr Nef: Ist die Schweiz ein liberales Projekt?

Die Schweiz ist kein Projekt, sie ist eine historisch gewachsene Realität. Der Bundesstaat von 1848 ist von vielfältigen liberalen Politikern geprägt worden. Man darf aber nicht vergessen, dass der Sonderbundskrieg von 1847 ein Bürgerkrieg war, der nur darum so unblutig verlief, weil es über den damals akuten ideologischen Differenzen doch noch so etwas wie ein eidgenössisches Gemeinschaftsgefühl gab. Es bildete die Grundlage einer Rücksichtnahme auf Minderheiten. Die Kombination von Liberalismus und Föderalismus auf der Basis einer vielerorts bewährten Lokalautonomie ist das historische Erfolgsgeheimnis der Schweiz.

Robert Nef,

geboren am 5. April 1942, hat Rechtswissenschaften in Zürich und Wien studiert. Zwischen 1961 und 1991 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Rechtswissenschaft an der ETH Zürich. 1979 hat er das Liberale Institut gegründet. 2008 wurde er mit der Friedrich A. von Hayek-Medaille ausgezeichnet.



Sie lehnten 1992 den Beitritt der Schweiz zum EWR (Europäischer Wirtschaftsraum) ab. Nun heisst es wieder: **Wenn wir nicht einen «besonderen» Zugang zum EU-Binnenmarkt haben, werde es der Schweiz schlecht gehen. Dafür sollen wir automatisch sehr viel EU-Recht übernehmen und EU-Richter dürften die Umsetzung ins Schweizer Recht kontrollieren und Strafaktionen anordnen, wenn das Schweizer Volk nicht spurt. Zudem verlangt die EU von der Schweiz hohe Jahresbeiträge für den Marktzutritt. Der EU-Binnenmarkt besteht aus den vier Freiheiten: freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital. An sich ein liberales, freiheitliches Anliegen...**

Die vier Freiheiten sind tatsächlich ein liberales Programm. Einzig die Personenfreizügigkeit muss genauer unter die Lupe genommen werden. Sie kollidiert mit dem ebenfalls freiheitlichen Prinzip, dass jede freie Gemeinschaft definieren darf, unter welchen Bedingungen sie neue Mitglieder aufnimmt. Richtigerweise wurde darauf hingewiesen, dass man nicht gleichzeitig einen umverteilenden Sozialstaat und freie Migration offerieren kann.

Hat sich die EU in Sachen Freiheit und liberale Grundordnung verändert?

Im Nationenvergleich waren die europäischen Staaten eher Experimentierfelder des sozialstaatlichen Ausbaus und Umbaus. Einzig die Staaten des ehemaligen Ostblocks haben tatsächlich Liberalisierungsprogramme umgesetzt, die man zu wenig sorgfältig auf Erfolg und Misserfolg untersucht hat. Die Schwierigkeiten eines Ausstiegs aus der Zentralverwaltungswirtschaft, bei der eine relativ einflussreiche Clique und eine weitgehend entmündigte ärmere Bevölkerung eben auch Vorteile wahrnahm, darf nicht unterschätzt werden. Der «Fall der Mauer» hat nicht nur zu «mehr Freiheit im Osten» geführt, sondern auch den Ausbau des Umverteilungsstaats in Westeuropa beschleunigt.



Die etablierten Parteien verlieren in EU-Staaten zusehend an Einfluss. Sie richten «Brandmauern» gegen die Feinde der «liberalen Demokratie» auf. Gleichzeitig verlangen ausgerechnet diese Kräfte Parteiverbote, versuchen gewählte Parteien an der Regierungsbildung zu hindern, schränken die Meinungsfreiheit ein und die EU will demokratische gewählte Regierungen nicht anerkennen – z.B. in Rumänien, Drohung an Deutschland. Es scheint so, dass der Begriff «liberal» für alles herhalten muss...

Ich beobachte diese Entwicklungen mit Sorge. Erfahrungsgemäss geraten nationalistische Parteien früher oder später in den Sog der politisch veranstalteten Umverteilung zugunsten ihrer meist vielfältig frustrierten

Wählerschaft. Ich warte europaweit schon lange auf neue Parteien, die glaubwürdig «weniger Staat» fordern und gleichzeitig ihrer Klientel klar machen, dass wir in einer Welt leben, in der Knappheiten die Engpässe und die Preise steuern. Der rationale und im besten Sinn ökonomische Umgang mit Knappheiten ist übrigens auch der beste Weg zu mehr Umweltverantwortung.

Was müssen wir dringend für unser Land tun?

Von Parteiverboten und «Brandmauern» halte ich nichts. Die fragwürdigen Stärken und offenkundigen Schwächen müssen im Rahmen der Meinungsäusserungsfreiheit ohne staatliche Zensur erfolgen.

Wir müssen unsere eigenen Probleme eigenständig lösen und die selbstbestimmte Kooperationsbereitschaft nicht auf eine kontinentale Binnenorganisation beschränken. Einer politischen Gemeinschaft, die Nicht-Mitglieder nicht diskriminiert, muss man nicht beitreten, auch wenn eine Mitgliedschaft gewisse Vorteile verspricht. Einer Gemeinschaft, die aber Nichtmitglieder diskriminiert (und mit Sanktionen und Nachteilen droht), darf man als freies Land nicht beitreten, auch nicht teilweise und schrittweise.



Nachgefragt

«Wir brauchen eine weltoffene Neutralität, die unser Land dazu verpflichtet, Konflikte zu verhindern und Frieden zu vermitteln.»



Prof. em. Dr. Dr. Wolf Linder

Sehr geehrter Herr Professor Linder: Als Politologe, ehemaliger Professor der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und SP-Mitglied unterstützen Sie die Neutralitätsinitiative. Warum?

Ich finde es wichtig, dass die schweizerische Neutralität in Grundzügen festgeschrieben wird und Verfassungsrang erhält. Damit wird verhindert, dass unsere friedensfreundliche und erfolgreiche Aussenpolitik der

letzten 200 Jahre den kurzsichtigen Launen der Tagespolitik zum Opfer fällt. In Kriegszeiten bewahrt die Neutralität vor innenpolitischen Spaltungen. Dafür stehe ich mit Überzeugung ein, als Politologe, und vor allem auch als besorgter Bürger unseres Landes.

Aus welchem Grund betätigt sich heute eine Mehrheit der linken und grünen Parteien in Deutschland und

der Schweiz als Kriegstreiber und streben in die NATO? Gerade jene Kräfte, die noch vor kurzem überall für Frieden demonstrierten!

Europas politische Eliten sind immer noch für Lösungen durch Krieg. Die Leute von der Strasse sind es nicht. So wird Annalena Baerbocks Äusserung «Wir sind im Krieg mit Russland» den deutschen Grünen bei den nächsten Wahlen kaum neue Wähler bringen. Gleiches gilt für die SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands), wenn sie unkritisch und bedingungslos der kriegerischen EU-Politik im Kielwasser der USA nachfährt. Beiden Parteien täte es gut, sich auf ihr einstiges friedenspolitisches Engagement zu besinnen.

Für eine friedliche und erfolgreiche Schweiz ist die Neutralität ein wichtiger Grundpfeiler. Wie können wir die Schweizerinnen und Schweizer davon überzeugen?

Die Neutralität war in den vergangenen Jahrzehnten so selbstverständlich, dass viele kaum wissen, was sie ist und was sie für unser Land bedeutet. Da braucht es Informationsarbeit: über die Neutralität in den beiden Weltkriegen und die Erfolge neutraler Vermittlung im kalten Krieg, etwa zwischen Algerien und Frankreich oder in Tschetschenien. Noch wichtiger ist die Zukunft: Bei der NATO mitzuspielen, ist eine schlechte Idee. Wie leben in einer unsicheren Zeit. Die Welt zerfällt in Blöcke und jeder Freund von heute kann morgen zum Gegner werden. Wir brauchen eine weltoffene Neutralität, die sich an den Grundsätzen der UN-Friedenscharta orientiert und die unser Land dazu verpflichtet, Konflikte zu verhindern und Frieden zu vermitteln. Das ist weltweit glaubwürdig und bietet der Schweiz bessere Chancen.

Sehr geehrter Herr Professor Linder, herzlichen Dank für das Gespräch.



Gespräch mit Prof. Wolf Linder

Prof. Dr. Wolf Linder wird an der Mitgliederversammlung vom 5. April 2025 in Bern zur Neutralitätsinitiative sprechen.

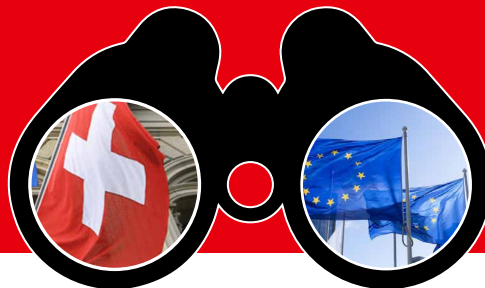


Dr. Christoph Blocher
alt Bundesrat und
Gründungspräsident Pro Schweiz

Zwei Monarchinnen

Es sei ein starkes, positives Signal, «dass die Schweiz und die EU sich verständigen konnten.» So verlas es die letztjährige schweizerische Bundespräsidentin Viola Amherd an ihrer Medienkonferenz mit der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Als Bundespräsidentin setzte Amherd den von Bundesbeamten ausgehandelten Anbindevertrag an die EU mit dem Willen der Schweiz gleich. So etwas taten früher nur aristokratische Regenten mit gepuderten Zöpfen, Monarchen oder Kolonialherren. Was die diplomatischen Bundesangestellten offenbar ausgehandelt haben, liegt noch nicht einmal in einem Vertrag vor. Doch die ehemalige Bundespräsidentin Amherd erklärte die Vereinbarung ihrer Beamten als Wille der Schweiz. Haben die Bürokraten die Macht in unserem Land vollends übernommen? Haben sie schon vergessen, dass in der Schweiz «Volk und Stände» die massgebliche verfassungsmässige Behörde ist? Nach Amherd sprach auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Sie sprach nicht etwa nur für die EU, sondern anmassend im Namen von Europa. Sie hat vergessen, dass Europa aus 47 Staaten besteht, die EU aber lediglich deren 27 zählt. Was Brüssels Unterhändler – keiner demokratisch gewählt – ausgehandelt haben, gilt sogar als der Wille Europas. Der Bundesrat ist schon gekippt und hat sich dem Bürokratenkompromiss untergeordnet. Das Parlament wird dem wohl im Gleichschritt folgen. **Schweizer erwacht: Rüstet Euch für die Volksabstimmung, damit die Schweizer auch in Zukunft selbst bestimmen.** Doch aufgepasst: Die Bürokraten versuchen, auch dies zu verhindern. Ein obligatorisches Referendum sei «nicht nötig» – ja sogar «nicht möglich», verkünden sie. Es ist Zeit, dass die Bürger ab dem neuen Jahr selbst vor die Tür treten, um für Ordnung im Staate zu sorgen!





Mehr als die Hälfte der Zuwanderer in der Schweiz kommt aus EU-Ländern

Zuwanderung aus EU- und EFTA-Ländern, 2022

	Zuwanderung aus EU und EFTA	Anteil an gesamter Zuwanderung in %
Deutschland	254'369	13,1
Spanien	160'747	12,8
Schweiz 	88'153	52,8
Niederlande	87'696	26,8
Frankreich	72'645	16,9
Polen	70'849	25,7
Österreich	68'412	33,9
Belgien	58'565	28,1
Italien	45'272	11,0
Dänemark	39'935	33,0
Schweden	30'558	29,8
Irland	25'890	16,4
Norwegen	24'125	26,7
Portugal	17'320	10,4
Ungarn	15'396	16,4
Luxemburg	12'323	39,2
Tschechien	11'011	3,2
Rumänien	8'599	2,9
Island	7'963	53,5
Bulgarien	7'776	19,1
Griechenland	7'022	7,3
Finnland	6'920	13,8
Zypern	6'475	20,9
Malta	5'983	17,1
Kroatien	5'976	10,3
Estland	3'435	7,0
Slowakei	3'089	56,5
Slowenien	2'695	7,6
Litauen	1'588	1,8
Lettland	1'028	2,7

[Quellen: Eurostat, eigene Berechnungen NZZ, 27.01.2025]



Schweizer Unternehmen investieren 18 Milliarden Franken in Forschung

Im Jahr 2023 haben Privatunternehmen in der Schweiz 18 Milliarden Franken für eigene Forschung und Entwicklung ausgegeben. Das sind 1,2 Milliarden mehr als bei der letzten Erhebung im Jahr 2021.

[Tages-Anzeiger, 14.01.2025]

Kommentar: EU-Forschungsprogramm «Horizon»?

EU-Nachhaltigkeitsregeln

Gemäss einer Umfrage des Münchner Instituts für Wirtschaftsforschung ifo benötigen deutsche Unternehmen für die Bürokratie 22 % ihrer Arbeitszeit und 6 % ihres Umsatzes. Die EU-Nachhaltigkeitsregeln des «Green Deal» belasten die KMU in Deutschland stark. Vier Bundesminister forderten von den zuständigen EU-Kommissaren eine Entschärfung der Vorschriften, damit die Wettbewerbsfähigkeit und das Wachstum gesichert werden können. [Euractiv.com, Jasper Steinlein, 15.01.2025]

Kommentar: EU-Turbos glauben, mit dem neuen EU-Vertrag würden wir die Schweizer Wirtschaft stärken. Doch die EU-Regulierungswut würde unsere Wettbewerbsfähigkeit spürbar verschlechtern.



«Glücklichstes Land der Welt!»

Mysery-Index ausgewählter Länder:
Summe aus Inflationsrate und Arbeitslosenquote

Gemäss dem Index, welcher das wirtschaftliche Elend misst, gilt die Schweiz als glücklichstes Land der Welt. Die Summe aus Inflation und Arbeitslosigkeit ist hier mit 3,3 % weltweit am tiefsten. Wir haben gemäss dem Staatssekretariat für Wirtschaft eine Arbeitslosigkeit von 2,6 % und eine Teuerung von 0,7 %. [Handelszeitung, 27. 12.2024]

Bundesrat Guy Parmelin unterzeichnet Freihandelsabkommen mit Thailand und Kosovo



Der Schweiz und den anderen EFTA-Staaten ist es gelungen, als erste europäische Partner ein Freihandelsabkommen (FHA) mit Thailand zu unterzeichnen.

Zudem hat Bundesrat Guy Parmelin am 22. Januar 2025 am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos mit der kosovarischen Ministerin für Industrie, Unternehmertum und Handel, Rozeeta Hajdari, ein Freihandelsabkommen unterzeichnet. Mit der Unterzeichnung der Abkommen setzt die Schweiz ihre erfolgreiche Handelspolitik fort und stärkt ihre Wettbewerbsfähigkeit.

[Quelle: SECO, 22./23.01.2025]

Gleiche Arbeit, mehr vom Lohn?

Budgetvergleich Durchschnittslohn Bürokauffrau/mann in Deutschland und der Schweiz

	 +6500 CHF brutto	 +4000 Euro brutto
Einkommen		
Steuern und Sozialabgaben	-23%	-38%
AHV Gesetzliche Rente/Rentenversicherung	-309 CHF	-372 Euro
Berufliche Vorsorge	-480 CHF	-
ALV AL-Versicherung/AL-Versicherung	-66 CHF	-52 Euro
Nichtberufsunfall/Pflegeversicherung	-72 CHF	-92 Euro
Quellensteuer/Lohnsteuer	-540 CHF	-582 Euro
Krankentagegeld/Krankenversicherung	-30 CHF	-324 Euro
= Nettoeinkommen	+5003 CHF	+2578 Euro
Miete 2,5-Zimmer/Warmmiete	-1450 CHF	-700 Euro
Krankenkasse	-400 CHF	-
Fahrzeugkosten, Benzin	-400 CHF	-300 Euro
Lebensmittel	-450 CHF	-350 Euro
Private Versicherungen	-300 CHF	-150 Euro
Telefon, Internet, Handy, Strom	-200 CHF	-150 Euro
Hygiene & Kleidung	-400 CHF	-250 Euro
zur freien Verfügung	= +1403 CHF	= +678 Euro

Achtung: Kinderbetreuung + KV-Versicherung für Kinder kostet extra!

Quelle: hallo.swiss/eigene Recherchen; 1 Euro entspricht 0,96 CHF

WELT

BASTIANOLDHOUSE



623 „The wall“ 100x100 cm. Öl auf Leinwand/Keilrahmen, RFID (2023)

Ich veräussere mein Lebenswerk

Sie wählen aus 460 Originalkunstwerke Ihre(n) Favoriten aus.
Themen: Zeitzeugen, Surreal/Metaphern, Politik, Geld, Natur,
Mensch/Akt, Abstrakt, Installationen.

Zeit in Sachwerte umzuschichten? (BTC oder ETH willkommen)

***25 % Preisreduktion vom 10.02. – 10.04.2025 auf alle
Einzelpreise unter www.artoldhouse.com/galerie**



Wirtschaftssanktionen: Absurd und unnützlich!

- **China hat sich angepasst:** Mit der digitalen Anwendung für Künstliche Intelligenz «DeepSeek» hat eine Firma aus China die Welt überrascht, insbesondere die High-Tech-Giganten in den USA. Seit längerer Zeit haben die USA den Export von Hochleistungs-Chips nach China verboten, also sanktioniert. Die Chinesen haben mit Innovation und Kreativität eigene Voraussetzungen geschaffen. [tagesschau.de, 28.01.2025]
- **Deutschland ermöglicht grosse LNG-Importe von Russland nach Europa.** Trotz aller Energiesanktionen gegen Moskau kauft Europa so viel Flüssigerdgas aus Russland wie nie, auch über die bundeseigene frühere Gazprom-Tochter Sefo. Die Einfuhren könnten sogar weiter steigen. [Spiegel, 28.01.2025]
- **Indien kauft im grossen Stil Rohöl aus Russland.** Indische Raffinerien finanzieren Putins Krieg gegen die Ukraine. Die westlichen Sanktionen haben dadurch

einen absurden Nebeneffekt. Es kommt zwar kein oder nur wenig russisches Rohöl nach Europa. Aber Heizöl, Diesel, Flugtreibstoff und andere petrochemische Produkte, die aus russischem Öl hergestellt werden, finden sehr wohl den Weg in die EU. [NZZ, 24.01.2025]

Die Schweiz tut gut daran, nicht im Fahrwasser der Mächtigen zu dümpeln, sondern wieder zu einer glaubwürdigen Neutralitätspolitik zurückzufinden. Das hilft den Leidtragenden der Kriege und der Friedensdiplomatie mehr!



Anzeige

www.swiss-classic-car.ch
verkauf | restauration | service

industriestrasse 10 | 8117 fällanden | 044 701 22 44



Politagentur.ch GmbH

Umsetzer - nicht nur Berater!

www.politagentur.ch | www.polit-plattform.ch



Publizistik

Wir verfassen für Sie Texte jeder Art. Dabei berücksichtigen wir immer Ihre persönlichen Schwerpunkte und stilistische Wünsche. Sie profitieren dabei von weitreichenden politischen und gesellschaftlichen Grundkenntnissen, die unsere Autoren abrufen und einbringen können.



Geschäftsführung

Um Ihnen den Rücken frei zu halten, bieten wir für Parteien, Verbände, Vereine oder Parlamentarier Sekretariats- und weitere organisatorische Dienstleistungen an. Damit Sie sich im Administrativ-Dschungel auf Ihre Kernkompetenzen konzentrieren können.



Strategie

Wir arbeiten mit Ihnen einen Plan aus, der dazu dient, das definierte Ziel zu erreichen.



Planung

Wir bestimmen gemeinsam mit Ihnen konkrete Handlungsschritte.



Umsetzung

Was wir strategisch und planerisch erarbeitet haben, setzen wir um.

Kontakt

Sie wünschen eine Offerte, einen Besprechungstermin oder haben eine Frage zu einem Angebot? Dann nehmen Sie jederzeit mit uns Kontakt auf:



info@politagentur.ch



+41 41 490 10 36



Anian Liebrand

Inhaber & Geschäftsführer



Stephanie Gartenmann

B law, Generalsekretärin JSVP,
Mitglied des Initiativkomitees zur
Neutralitätsinitiative,
Matten b. Interlaken

Warum der Bundesrat falsch liegt.

Die Neutralitätsinitiative stärkt den Frieden!

Die Neutralitätsinitiative verfolgt ein klares Ziel: die dauerhafte, bewaffnete und uneingeschränkte Neutralität der Schweiz zu sichern. In seiner Botschaft zur Neutralitätsinitiative argumentiert der Bundesrat gegen diese klare Neutralitätsverpflichtung und behauptet, dass die bestehende Gesetzgebung ausreichend sei. Doch diese Sichtweise ist nicht nur kurzfristig, sondern gefährdet langfristig die zentrale Rolle der Schweiz als Vermittlerin und Friedensstifterin.

1. Die «flexible Neutralität» des Bundesrats ist ein gefährliches Konzept

Der Bundesrat betont, dass die Neutralität im Einklang mit der aktuellen Praxis flexibel ausgelegt werden müsse. Doch Flexibilität ist das Gegenteil von Verlässlichkeit. Die Schweiz hat ihre Glaubwürdigkeit auf der internationalen Bühne nur deshalb aufgebaut, weil sie sich an eine strikte Neutralität gehalten hat. Indem der Bundesrat Sanktionen übernimmt oder sich politisch in Konflikte einmischt, verwischt er die Neutralitätslinie und schwächt die Position der Schweiz als unparteiische Vermittlerin. Die Neutralitätsinitiative schafft hier klare Regeln: keine Sanktionen, keine Parteinahme, kein Missbrauch des Neutralitätsbegriffs.

2. Neutralität schafft Vertrauen und Vertrauen schafft Frieden

Die Schweiz war über Jahrzehnte hinweg eine Garantin für Frieden, weil sie als neutrale Akteurin angesehen wurde. Ob bei Verhandlungen oder humanitären Einsätzen: Das Vertrauen in die Neutralität der Schweiz hat es ermöglicht, dass Konfliktparteien bereit waren, an einen Tisch zu sitzen. Indem die Initiative die Neutralität in der Verfassung verankert, wird dieses Vertrauen wieder gestärkt. Das ist keine Isolation, wie der Bundesrat suggeriert, sondern ein klares Friedenssignal an die Welt.

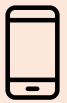
3. Die Neutralitätsinitiative verhindert Eskalation

In einer zunehmend polarisierten Welt ist Neutralität ein wichtiger Gegenpol zur Eskalation. Die Übernahme von Sanktionen – wie sie der Bundesrat in jüngster Zeit unterstützt hat – macht die Schweiz angreifbar und involviert sie indirekt in Konflikte. Die Neutralitätsinitiati-

ve schützt uns vor solchen Risiken und stellt sicher, dass die Schweiz weiterhin als Friedensinsel wahrgenommen wird.

Fazit: Die Neutralitätsinitiative ist kein Rückschritt, wie der Bundesrat behauptet, sondern ein Schritt nach vorne. Sie schützt unsere Freiheit, unser Ansehen und unseren Beitrag zum globalen Frieden. Die Schweiz hat die Verantwortung, ihre Neutralität zu bewahren – nicht nur für sich selbst, sondern auch für die Welt. Wir jungen Schweizerinnen und Schweizer sind bereit, diese Verantwortung zu übernehmen.

zur Botschaft des
Bundesrates



Achtung!

Wir rechnen damit, dass die Neutralitätsinitiative am 30. November 2025 zur Abstimmung kommt.

Wir brauchen alle aufrechten Schweizerinnen und Schweizer für diesen Abstimmungskampf. Melden Sie sich bitte, wenn Sie Ideen für die Kampagne haben und bereit sind, Aktionen zu unterstützen: aktion@proschweiz.ch

... und wir brauchen eine gut gefüllte «Kriegskasse»: Dringend notwendige Spenden auf: CH91 0900 0000 3001 0011 5, Vermerk «Neutralität», oder direkt



GOAL GLOSSAR



Mobilisierung

Mobilisierung

<lat.> mobilis – «beweglich», «biegsam»

Damit unsere Kunden den grösstmöglichen Erfolg erzielen, muss die definierte Zielgruppe mobilisiert, also dazu bewegt werden, im gewünschten Sinne abzustimmen oder zu wählen. Deshalb sind unsere Kampagnen so gestaltet, dass sie den Adressaten bewegen und nicht spurlos an ihm vorbeigehen.

Wir helfen Ihnen dabei ...

Wir freuen uns auf Sie!

Alexander Segert, Geschäftsführer
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@ggoal.ch, www.goal.ch

AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

SCHLUSS
MIT CHAOS!



Seit **1987** sorgen wir mit
innovativen Gesamtlösungen für
Ordnung in der Haustechnik.



Prof. Dr. Nicolas Szita
Vorstandsmitglied
Pro Schweiz, London



Die neuen Apps der EU. Nicht herunterladen!

Stellen Sie sich vor, Sie haben gerade eine Anwendung, eine App, für Ihr Smartphone gefunden, welche Ihnen verspricht, dass Sie Ihre Arbeit in Zukunft produktiver gestalten werden können. Die App wird Ihnen – Sie sind sich sicher – das Leben vereinfachen. Die mit der App verbundenen Nutzungsbedingungen sind zwar ein Paragraphen-Meer, aber Sie denken sich vielleicht nicht allzu viel dabei. Die letzten Male ging ja auch alles gut! Frohgemut laden Sie die App auf Ihr Smartphone herunter, akzeptieren die Nutzungsbedingungen und beginnen die App zu verwenden.

Nun entdecken Sie nach und nach, dass im Dickicht der Nutzungsbedingungen Klauseln verborgen waren, welche Sie zu weit mehr verpflichten, als Sie angenommen hatten. Eigentlich wollten Sie nur die Grundfunktion der App verwenden, doch plötzlich finden Sie sich in einem Vertragswerk gefangen, welches Sie nicht vollständig verstehen oder gar nie dachten zu akzeptieren, und welches von Ihnen regelmässig Gebühren verlangt.

Zugegeben, das Beispiel ist etwas fiktiv. Allerdings nur in Bezug auf Apps und Smartphones... In Bezug auf die EU spielt sich dieses Szenario gerade vor unseren Augen ab. Denn gemäss dem Common Understanding («Gemeinsame Erklärung») werden in allen Binnenmarktverträgen mit der EU sogenannte «institutionelle Elemente» (Faktenblatt des Bundes, Dezember 2023) eingebaut. Diese institutionellen Elemente besagen, dass jedes Abkommen Klauseln beinhalten wird, welche die Schweiz im Bereich des Abkommens der EU-Gerichtsbarkeit unterwerfen.

In unserer Smartphone-Analogie: Die Strom-App (also das Strom-Abkommen) beispielsweise verspricht uns als Grundfunktion «Netzstabilität», die Nutzungsbedingungen verlangen jedoch, dass wir jegliche Liberalisierung des Strommarktes akzeptieren (EU-Diktat).

Der Ausspruch «Wer Freiheit für Sicherheit aufgibt, wird am Ende beides verlieren» geht angeblich auf

Benjamin Franklin, einer der Gründerväter der USA, zurück. Sollten wir diese Verträge annehmen, werden wir genau das erleben müssen, wovor Benjamin Franklin eindrücklich gewarnt hatte. Daher gilt: Die Apps der EU? Nicht herunterladen! Frei bleiben!



Das Common Understanding betrifft nicht nur die neuen Abkommen, sondern auch die Bilateralen von 1999. Man könnte das Common Understanding daher auch Trojanisches Pferd nennen: Unsere direkte Demokratie wird faktisch von innen her ausgehöhlt. Und dafür dürfen wir dann noch ein paar 100 Millionen mehr bezahlen!

Nebelspalter

— Gegründet 1875 —

76 Prozent der Journalisten sind links.* Wir nicht.

*Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), 2024

Unterstützen Sie Journalismus für den gesunden Menschenverstand.
Jetzt Abo lösen und von 50 Prozent Rabatt profitieren.
Geben Sie beim Zahlungsprozess den Rabattcode ProSchweiz ein.



www.nebelspalter.ch/abo

Teil 6

Neutralitätspolitische Irrwege

Wir werden jede neutralitätspolitische Verfehlung in Bundesbern beobachten und auflisten.



EU genehmigt Teilnahme der Schweiz an militärischen Projekten:

Die Schweiz wird zunehmend Kriegspartei!

Die Absicht der VBS-Führung, an EU-Militärprojekten teilzunehmen, wird Tatsache. Die EU hat der Schweizer Teilnahme am EU-USA-Programm «Military Mobility» zugestimmt. Zukünftig sollen ausländische Armeefahrzeuge, Material, Munition und Waffen sowie militärisches Personal das Schweizer Territorium ohne «grosse Bewilligungsabläufe» – faktisch grenzenlos – durchqueren dürfen. Am Programm machen auch die USA mit. Im Rahmen von PESCO (Ständige strukturierte militärische Zusammenarbeit der EU-Staaten) will die Bundesratsmehrheit auch am Programm «Cyber Ranges Federation», eine EU-Cyberverteidigung, mitmachen. Pro Schweiz lehnt beide Programme entschieden ab. Sie sind ein weiterer, schleichender Schritt in die militärischen Strukturen der EU und NATO, verletzen die Schweizer Neutralität, machen unser Land zur Kriegspartei, nützen nichts und gefährden den Schutz und die Sicherheit der Schweizerinnen und Schweizer. Diesem falschen sicherheitspolitischen Kurs der Bundesratsmehrheit fehlt jegliche demokratische Grundlage, Parlament und die Stimmbürger werden systematisch übergangen. Die mutlose, demokratiefeindliche Anpasserpolitik bringt die Schweiz verstärkt in Abhängigkeit der EU. Die EU-Kommission wird noch mehr Druckmittel einsetzen können, um die Schweiz unter anderem mit dem geplanten Unterwerfungsvertrag zum EU-Beitritt zu zwingen. Pro Schweiz ist überzeugt, dass die gefährliche Politik in Bundesbern die Zustimmung zur Neutralitätsinitiative festigen wird. [Pro Schweiz, 14.01.2025]



Viola Amherd: NATO-Kurs beibehalten!

Die abtretende VBS-Chefin Bundesrätin Viola Amherd meinte am Rande des WEF, eine Aufgabe ihres künftigen Nachfolgers werde es sein, die vom Bundesrat beschlossene Zusammenarbeit mit der NATO zu verstärken. [Keystone-SDA, 22.01. 2025]

Kommentar: Die Zertrümmerung der Neutralität soll fortgesetzt werden.



Verfolgen Sie die Medienmitteilung auf der VBS-Seite und Sie können die NATO-EU-Agenda «hautnah» miterleben.



Meinung unserer Mitglieder

Der Mohr kann gehen*

Der Bundesrat unter Federführung der Militärministerin hat am Jahresende still und geräuschlos zwei Steinquader aus dem Fundament unserer verfassungsmässigen Neutralität herausgebrochen: Die Teilnahme am EU-USA-Programm «Military Mobility» und die Beteiligungsbereitschaft an der «Cyber Range Federation». Die erste Lücke ermöglicht in Zukunft ausländischen Armeefahrzeugen, Waffen, Munition und militärisches Personal (!) ohne umfassende Bewilligung durch die Schweiz zu fahren. Das zweite Leck in unserer Entscheidungsfreiheit entsteht durch die beabsichtigte Teilnahme an der von der EU befehligten (Ranger-)Truppe zur Verteidigung gegen Angriffe auf unsere Informationsstrukturen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan*: «In Bundesbern gilt (Viola) Amherd als Liebling der Linken» (WOZ 45/2018). Sie hat die Wahlerwartungen der EU-Beitrittsturbos und Demokratieabschaffer zur Zufriedenheit erfüllt. Sie kann gehen.

Oskar B. Camenzind, Brunnen SZ

*) Zitat aus Friedrich Schillers Drama «Die Verschwörung des Fiesco zu Genua» (gegen die Republik und den Dogen Andrea Doria)

Der Giftzwerg meint: «Destabilisierungs- Pakt?»



Wie wird der EU-Unterwerfungsvertrag «offiziell» heissen? Für uns ist der Fall klar: «EU-Unterwerfungsvertrag». Aber die Bundesratsmehrheit und die EU-Anschluss-Funktionäre wissen es offenbar noch nicht: «Bilaterale III»? «Vertragspaket»? Schon diese Bezeichnungsdiskussion zeigt, dass das Ganze

ein Murks ist. Man wird wohl eine «nette» Bezeichnung finden, damit das störrische Volk in die Falle läuft.

Neuer Hit im Begriffs-Eldorado: «Abkommen zur Stabilisierung des bilateralen Wegs».

Das ewige Rätsel: **Warum soll die stabile Schweiz sich stabilisieren, indem sie sich der instabilen EU unterwirft? Destabilisierungs-Pakt?**

Besuche unseren Webshop !



Shop
Pro Schweiz

Ja zu Neutralitätsinitiative –
Nein zum EU-Unterwerfungsvertrag.



Wir müssen uns mobilisieren und in jeder Ecke unseres Landes präsent sein:

1. Wir suchen Aktive: Für Unterschriftensammlungen (allfällige Referenden gegen die EU-Verträge), Standaktionen, Plakatierung, Flugblatt-Verteilung, Organisation von Veranstaltungen usw.
2. Wir suchen Aktive, die bereit sind, in den Kantonen und Regionen Verantwortung für die Aktionen von Pro Schweiz zu übernehmen.

Melden Sie sich noch heute.

Wir nehmen umgehend Kontakt mit Ihnen auf.

E-Mail: aktion@proschweiz.ch, Telefon 031 356 27 27

Pro Schweiz, Postfach, 3822 Lauterbrunnen

Geschäftsstelle Pro Schweiz

Ihr Inserat
im Pro Schweiz «Aktuell»

PRO Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra
Aktuell

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
Pro Schweiz-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied
PIKOM-Mitglied

079 332 61 61

markus.rezzonico@dietschi.ch



Agenda

Wichtiger Termin!
Aufruf: Auf nach Bern!

Samstag, 5. April 2025, 10.30 Uhr:

3. ordentliche Mitgliederversammlung

Pro Schweiz, Kaserne Bern

Die Einladung folgt mit separatem Versand.

Bitte teilen Sie uns auf info@proschweiz.ch Ihre E-Mail-Adresse mit. Damit können wir Sie auf dem Laufenden halten. Wir halten uns strikt an die Datenschutzvorgaben und geben die Adressen nicht an Dritte weiter.

Mitmachen!

liken, teilen, gefällt mir,
abonnieren!



PRO Schweiz
Suisse
Svizzera
Svizra

Postfach, 3822 Lauterbrunnen

Tel. 031 356 27 27, info@proschweiz.ch

www.proschweiz.ch